

Kurz notiert

SPÖ startet Selbstfindung. Die SPÖ will sich nach dem bei der Nationalratswahl erlittenen Debakel inhaltlich und strukturell neu aufstellen. Der Startschuss zur Erneuerung soll heute, Freitag, bei einer Präsidiumssitzung erfolgen. Dabei will die Partei über alles tabulos diskutieren. Nicht dabei sein werden: der steirische SPÖ-Obmann Michael Schickhofer, der nach der Wahl angekündigt hatte, seine Bundesfunktionen nicht mehr wahrnehmen zu wollen; Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der nach einer Operation rekonvaleszent ist; und Vorarlbergs SPÖ-Chef Martin Staudinger, der sich im Wahlkampfendspurt befindet.

Gleiche Standards für Behinderte. Die Forderung nach einheitlichen Standards in den Ländern für Menschen mit Behinderung hat Behindertenanwalt Hansjörg Hofer an die künftige Regierung adressiert. Außerdem forderte Hofer eine Lösung für die rund 24.000 Menschen, die in Behindertenwerkstätten arbeiten.

Steiermark-Wahl. Die Neos haben die 800 nötigen Unterstützungserklärungen für ein Antreten bei der Landtagswahl am 24. November in der Steiermark geschafft, teilte Landesgeschäftsführer Anton Tropper am Donnerstag mit. Damit haben die Pinken, die bisher nicht im Landtag vertreten waren, die formale Hürde geschafft. Kommenden Samstag wird Landessprecher Niko Swatek voraussichtlich von der Mitgliederversammlung zum Spitzenkandidat gewählt.

Schwerverletzte nach Explosion. Drei Mitarbeiter (Männer im Alter von 46, 44 und 38 Jahren) eines Entsorgungsbetriebs in Horsching (Bezirk Linz-Land) haben bei einer Explosion und einem folgenden Brand am Donnerstag schwere Verletzungen erlitten; sechs Personen wurden leicht verletzt. Die Explosion um 8.10 Uhr ging von einer Pressmaschine in einer Halle aus. 250 Feuerwehrleute waren im Einsatz.

Amtlich

Ordentliche Tagung

Ich berufe gemäß Artikel 28 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes den Nationalrat für den 23. Oktober 2019 zu seiner ordentlichen Tagung 2019/2020 der XXVII. Gesetzgebungsperiode ein.

Wien, am 3. Oktober 2019

Van der Bellen Bierlein



Foto: apa/Hans Klauas/Teich

Sondierungen in großer Runde

ÖVP-Obmann Kurz setzt Verhandlungen mit drei Parteien ab nächstem Mittwoch fort.

Die FPÖ ist aus den Regierungsverhandlungen ausgestiegen. „Das tatsächliche Wahlergebnis gibt uns zu diesem unmittelbaren Schritt keine Legitimation. Die Wähler haben Türkis und Grün gestärkt. Die Folge wird, wie im Wahlkampf von uns klargemacht, dann auch Türkis-Grün sein“, erklärte FPÖ-Obmann Norbert Hofer am Donnerstag in einer Aussendung. „Das muss ich akzeptieren“, sagte dazu ÖVP-Obmann Sebastian Kurz.

Der ÖVP-Obmann, der am Donnerstagvormittag in einer kurzen Stellungnahme zu den bisherigen Sondierungsgesprächen Stellung nahm, betonte, dass er ab Mittwoch kommender Woche die Sondierungsgespräche mit der Sozialdemokratie, den Grünen und den Neos, „die sehr klar signalisiert haben, an einer nächsten Regierung beteiligt sein und mitgestalten zu wollen“, fortsetzen zu wollen. Und zwar „wahrscheinlich“ schon in größerer Runde und nicht mehr als Vier-Augen-Gespräche“. Präferenzen für eine bestimmte Koalition kamen vom ÖVP-Chef nicht. Ob er auch mit der FPÖ

weiter verhandeln will, ließ Kurz offen.

Nach diesen weiteren Gesprächen müsse man sich die Frage stellen, ob es Sinn mache, mit einer Partei in konkrete Verhandlungen zu treten. Wie lange diese Form des Auslotens konkret dauern könnte, ließ Kurz offen. Aber er deutete an, dass es sich um „einige Wochen“ handeln könnte. „Danach wird es uns hoffentlich möglich sein, in Regierungsverhandlungen einzusteigen. Davon sind wir aber noch weit entfernt“, sagte Kurz.

Die ersten Gespräche mit SPÖ-Vorsitzender Pamela Rendi-Wagner, FPÖ-Obmann Norbert Hofer, Grünen-Bundessprecher Werner Kogler und Neos-Vorsitzender Beate Meinl-Reisinger seien sehr ausführlich und durchwegs konstruktiv gewesen. Man habe geklärt, in welchen Bereichen es Übereinstimmungen, wo es Widersprüche gebe und ob diese auflösbar wären, sagte Kurz. Er blieb allerdings vage, was die Themen konkret betrifft: Man habe sich quer durch mit fast allen Themen beschäftigt. Vom Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, der Sozialpolitik

und Fragen der Migration bis zu Fragen des Klimawandels. Es sei ausgelotet worden, in welchen Bereichen man gemeinsame Projekte im Parlament auf den Weg bringen könnte.

FPÖ zu Konsultationen bereit

Die FPÖ, die nun wie auch die SPÖ einen Erneuerungsprozess startet, hat sich zwar vorerst selbst aus dem Rennen genommen. Allerdings wiederholte Hofer auch am Donnerstag, „dass sich die FPÖ ihrer Verantwortung bewusst ist, sollte die ÖVP an der Regierungsbildung scheitern“. Er habe auch „weiterführenden Konsultationen in einer größeren Runde“ zugestimmt, sagte Hofer, bedauerte allerdings die aus seiner Sicht falsche Entwicklung in Richtung Türkis-Grün und warnte vor einer „Linkswende in türkischem Mantel“.

Was das Team betrifft, verwies Kurz auf das bereits 2017 erprobte mit unter anderem Gernot Blümel, Karoline Edtstädter, Elisabeth Köstinger. Die Grünen wollen nun ebenfalls ein „Sondierungsteam“ zusammenstellen, wie Kogler mitteilte. (pech/apa)



Foto: apa/Lukas Hinter



Foto: apa/Helmut Fohringer

Rendi-Wagner, Meinl-Reisinger und Kogler (v.l.n.r.) haben Interesse am Regieren signalisiert.



Foto: apa/Helmut Fohringer

Schuldenbremse ist gestoppt

Kein Beharrungsbeschluss möglich, erst neuer Nationalrat könnte Anlauf nehmen.

Wien. Die Verankerung einer sogenannten Schuldenbremse in der Verfassung ist im Bundesrat zu Fall gebracht worden. Die Mandatäre von SPÖ und Grünen haben, wie angekündigt, am Donnerstag in der Länderkammer ihre Zustimmung verweigert, damit hat die notwendige Verfassungsmehrheit gefehlt. Dies wäre für die von ÖVP, FPÖ und Neos knapp vor der Nationalratswahl im Nationalrat beschlossene Schuldenbremse notwendig gewesen, weil in Länderrechte eingegriffen würde und Ländern und Gemeinden fixe Obergrenzen für die Neuverschuldung vorgeschrieben würden. Damit ist das Vorhaben politisch wohl für längere Zeit vom

Tisch. Weil Länderrechte betroffen sind, würde kein Beharrungsbeschluss des Nationalrats genügen. Ein solcher Beharrungsbeschluss ist aber auch so gar nicht mehr möglich, weil die bisherige Gesetzgebungsperiode ausgelaufen ist. „Am Ende der Periode ist alles verfallen“, erläutert der Direktor des Instituts für Parlamentarismus, Werner Zögernitz, der „Wiener Zeitung“.

SPÖ oder Grüne müssten künftig zustimmen

Das bedeutet, im neugewählten Nationalrat müsste ein neues Gesetzgebungsverfahren dafür beginnen. Allerdings haben sich durch die Wahl am 29. September

die Gewichte im Hohen Haus verschoben. ÖVP, FPÖ und Neos verfügen nach dem Absturz der Freiheitlichen dort nicht mehr über eine Verfassungsmehrheit.

Dafür wäre bei einem neuen Anlauf jedenfalls auch die Zustimmung der SPÖ oder der Grünen notwendig. Beide Parteien haben jedoch die Schuldenbremse in der Verfassung vor allem mit dem Argument, dass es sich dabei um eine „Investitionsbremse“ handle, abgelehnt und nun gestoppt. Aufrecht ist hingegen seit 2017 eine einfachgesetzliche Schuldenbremse. Demnach darf das Defizit des Bundes höchstens 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen. (red)



WIENER ZEITUNG

Morgen:

Literatur aus Norwegen

Ein schreib- und lesefreudiges Land

Peter Keglevic

Der Erzähler und Regisseur im Gespräch

Autorin Jackie Thomae

Favoritin für den Deutschen Buchpreis